Alte Fassung

Hauptsatzung der Stadt Lüdinghausen vom 05.10.1999 in der Fassung der 2. Änderung vom 03.02.2003

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Bstb. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW, S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.07.1999 (GV NW, S. 386), in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Lüdinghausen am 01.10.1999/11.07.2002/30.01.2003, geändert durch die Euro-Anpassungssatzung vom 09.10.2001, die folgende Hauptsatzung beschlossen.

§ 1

Stadtgebiet

Das Gebiet der Stadt Lüdinghausen umfasst 14.015 ha.

§ 2

Wappen, Flaggen, Banner, Dienstsiegel

- (1) Der Stadt Lüdinghausen ist mit Urkunde des Regierungspräsidenten Münster vom 08.10.1982 das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden.
Das Wappen der Stadt Lüdinghausen zeigt in Gelb eine rote Glocke, links oben begleitet von einem roten Ammoniten.
- (2) Der Stadt Lüdinghausen ist ferner mit Urkunde des Regierungspräsidenten Münster vom 08.10.1982 das Recht zur Führung einer Flagge verliehen worden.
Die Flagge der Stadt ist von Gelb und Rot im Verhältnis 1:1 längsgestreift und zeigt in der Mitte das Wappenschild der Stadt.
- (3) Das Banner der Stadt ist von Gelb und Rot im Verhältnis 1:1 längsgestreift und zeigt in der Mitte der oberen Hälfte das Wappenschild der Stadt.

Entwurf neue Fassung

Hauptsatzung der Stadt Lüdinghausen vom . .2004

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Bstb. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW, S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.02.2004 (GV NRW S. 96 ff), in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Lüdinghausen am 14.10.2004 die folgende Hauptsatzung beschlossen.

§ 1

Stadtgebiet

Das Gebiet der Stadt Lüdinghausen umfasst 14.031 ha.

§ 2

Wappen, Flaggen, Banner, Dienstsiegel

- (1) Der Stadt Lüdinghausen ist mit Urkunde des Regierungspräsidenten Münster vom 08.10.1982 das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden.
Das Wappen der Stadt Lüdinghausen zeigt in Gelb eine rote Glocke, links oben begleitet von einem roten Ammoniten.
- (2) Der Stadt Lüdinghausen ist ferner mit Urkunde des Regierungspräsidenten Münster vom 08.10.1982 das Recht zur Führung einer Flagge verliehen worden.
Die Flagge der Stadt ist von Gelb und Rot im Verhältnis 1:1 längsgestreift und zeigt in der Mitte das Wappenschild der Stadt.
- (3) Das Banner der Stadt ist von Gelb und Rot im Verhältnis 1:1 längsgestreift und zeigt in der Mitte der oberen Hälfte das Wappenschild der Stadt.

- (4) Das Siegel zeigt das Wappenschild der Stadt und führt im Siegelrund die Umschrift STADT LÜDINGHAUSEN.

§ 3

Gleichstellung von Mann und Frau

- (1) Der Bürgermeister bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben.
- (3) Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gem. Abs. 2 rechtzeitig und umfassend.

§ 4

Unterrichtung der Einwohner

- (1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z. B. Hinweis in der örtliche Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Stadt Lüdinghausen handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohner verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.

- (4) Das Siegel zeigt das Wappenschild der Stadt und führt im Siegelrund die Umschrift STADT LÜDINGHAUSEN.

§ 3

Gleichstellung von Mann und Frau

- (1) Der Bürgermeister bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte.
- (2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Gemeinde mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben.
- (3) Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gem. Abs. 2 rechtzeitig und umfassend.

§ 4

Unterrichtung der Einwohner

- (1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z. B. Hinweis in der örtliche Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Stadt Lüdinghausen handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohner verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.

- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Stadtverordneten aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.
- (4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtungspflicht bleibt unberührt.

§ 5

Anregungen und Beschwerden

- (1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt Lüdinghausen fallen.
- (2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Lüdinghausen fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller und der Haupt- und Finanzausschuss sind hierüber zu unterrichten.
- (3) Eingaben von Bürgern, die weder Anregungen oder Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.) sind ohne Beratung vom Bürgermeister zurückzugeben.
- (4) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden i. S. v. Abs. 1 bestimmt der Rat den Haupt- und Finanzausschuss.
- (5) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Abs. 4 zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.

- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet der Bürgermeister die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Stadtverordneten aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.
- (4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtungspflicht bleibt unberührt.

§ 5

Anregungen und Beschwerden

- (1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt Lüdinghausen fallen.
- (2) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Lüdinghausen fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Der Antragsteller und der Haupt- und Finanzausschuss sind hierüber zu unterrichten.
- (3) Eingaben von Bürgern, die weder Anregungen oder Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.) sind ohne Beratung vom Bürgermeister zurückzugeben.
- (4) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden i. S. v. Abs. 1 bestimmt der Rat den Haupt- und Finanzausschuss.
- (5) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Abs. 4 zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.

- (6) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Abs. 2, 3 GO) bleibt unberührt.
- (7) Dem Antragsteller kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.
- (8) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden soll abgesehen werden, wenn
  - a) der Inhalt einen Straftatbestand erfüllt,
  - b) gegenüber bereits geprüften Anregungen und Beschwerden kein neues Sachvorbringen vorliegt.
- (9) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme des nach Abs. 4 zuständigen Ausschusses durch den Bürgermeister zu unterrichten.

§ 6

Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

- (1) Der Rat der Stadt Lüdinghausen führt die Bezeichnung „Rat der Stadt Lüdinghausen“. Er wird im folgenden „Rat“ genannt.
- (2) Die Mitglieder des Rates führen die Bezeichnung „Stadtverordnete“.

§ 7

Dringlichkeitsentscheidungen

Dringlichkeitsentscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses (§ 60 Abs. 1 GO) bzw. des Werksausschusses (§ 5 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung) und Dringlichkeitsentscheidungen des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 und 2 GO) bzw. mit dem Vorsitzenden des Werksausschusses (§ 5 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung) bedürfen der Schriftform.

- (6) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Abs. 2, 3 GO), bleibt unberührt.
- (7) Dem Antragsteller kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.
- (8) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden soll abgesehen werden, wenn
  - a) der Inhalt einen Straftatbestand erfüllt,
  - b) gegenüber bereits geprüften Anregungen und Beschwerden kein neues Sachvorbringen vorliegt.
- (9) Der Antragsteller ist über die Stellungnahme des nach Abs. 4 zuständigen Ausschusses durch den Bürgermeister zu unterrichten.

§ 6

Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

- (1) Der Rat der Stadt Lüdinghausen führt die Bezeichnung „Rat der Stadt Lüdinghausen“. Er wird im folgenden „Rat“ genannt.
- (2) Die Mitglieder des Rates führen die Bezeichnung „Stadtverordnete“.

§ 7

Dringlichkeitsentscheidungen

Dringlichkeitsentscheidungen des Haupt- und Finanzausschusses (§ 60 Abs. 1 GO) bzw. des Werksausschusses (§ 5 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung) und Dringlichkeitsentscheidungen des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 und 2 GO) bzw. mit dem Vorsitzenden des Werksausschusses (§ 5 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung) bedürfen der Schriftform.

§ 8

Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüsse gebildet werden.
- (2) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen. Dieser führt die Bezeichnung „Haupt- und Finanzausschuss“.
- (3) Der Rat hat für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien aufzustellen.
- (4) Soweit die Ausschüsse Entscheidungsbefugnis haben, sind sie ermächtigt, diese für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für den Einzelfall auf den Bürgermeister zu übertragen.
- (5) Der Rat hat jederzeit das Recht, einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung an sich zu ziehen.
- (6) Die Vorsitzenden der Ausschüsse können vom Bürgermeister jederzeit Auskunft über die Angelegenheit verlangen, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören; sie haben insoweit zum Zwecke der Unterrichtung ihres Ausschusses auch das Recht auf Akteneinsicht nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 9

Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall, Sitzungsgeld

- (1) Die Stadtverordneten erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages und ein Sitzungsgeld nach Maßgabe des § 1 Abs. 2 Ziffer 1 Buchst. b) der Entschädigungsverordnung (EntschVO) für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen.
Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 18 Sitzungen im Jahr beschränkt.

§ 8

Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüsse gebildet werden.
- (2) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen. Dieser führt die Bezeichnung „Haupt- und Finanzausschuss“.
- (3) Der Rat hat für die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien aufzustellen.
- (4) Soweit die Ausschüsse Entscheidungsbefugnis haben, sind sie ermächtigt, diese für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für den Einzelfall auf den Bürgermeister zu übertragen.
- (5) Der Rat hat jederzeit das Recht, einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung an sich zu ziehen.
- (6) Die Vorsitzenden der Ausschüsse können vom Bürgermeister jederzeit Auskunft über die Angelegenheit verlangen, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören; sie haben insoweit zum Zwecke der Unterrichtung ihres Ausschusses auch das Recht auf Akteneinsicht nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 9

Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall, Sitzungsgeld

- (1) Die Stadtverordneten erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages und ein Sitzungsgeld nach Maßgabe des § 1 Abs. 2 Ziffer 1 Buchst. b) der Entschädigungsverordnung (EntschVO) für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen.
Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 18 Sitzungen im Jahr beschränkt.

- (2) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe des § 2 EntschVO.

Die Anzahl der Fraktionssitzungen für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 7 Sitzungen im Jahr beschränkt. Die Stadtverordneten, die sachkundigen Bürger und die sachkundigen Einwohner erhalten Aufwandsentschädigungen gem. Abs. 1 und Abs. 2 für Sitzungen wie Volkshochschulausschuss und Musikschulausschuss sowie für Sitzungen der vom Rat gebildeten Unterausschüsse etc.

- (3) Die für Sitzungsgelder festgelegten Sätze gelten für eine Sitzung. Wird eine Sitzungsdauer von insgesamt 6 Stunden überschritten, kann höchstens ein weiteres Sitzungsgeld gewährt werden. Bei mehreren Sitzung an einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gewährt werden.

- (4) Stadtverordnete und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufschalls. Der Verdienstaufschall wird für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zurechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:

- a) Alle Stadtverordneten und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf 10,00 EURO festgesetzt.
- b) Abhängig Erwerbstätigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstaufschall gegen entsprechenden Nachweis, z. B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers, ersetzt.
Die Erstattung des Verdienstaufschalles an den Arbeitgeber ist möglich.
- c) Selbständige können eine besondere Verdienstaufschallpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstaufschall glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.
- d) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.

- (2) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe des § 2 EntschVO.

Die Anzahl der Fraktionssitzungen für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 7 Sitzungen im Jahr beschränkt. Die Stadtverordneten, die sachkundigen Bürger und die sachkundigen Einwohner erhalten Aufwandsentschädigungen gem. Abs. 1 und Abs. 2 für Sitzungen des Volkshochschulausschusses und Musikschulausschusses sowie für Sitzungen der vom Rat gebildeten Unterausschüsse etc.

- (3) Die für Sitzungsgelder festgelegten Sätze gelten für eine Sitzung. Wird eine Sitzungsdauer von insgesamt 6 Stunden überschritten, kann höchstens ein weiteres Sitzungsgeld gewährt werden. Bei mehreren Sitzungen an einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gewährt werden.

- (4) Stadtverordnete und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufschalls. Der Verdienstaufschall wird für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zurechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:

- a) Alle Stadtverordneten und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf 10,00 EURO festgesetzt.
- b) Abhängig Erwerbstätigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstaufschall gegen entsprechenden Nachweis ersetzt, z. B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers.
Die Erstattung des Verdienstaufschalles an den Arbeitgeber ist möglich.
- c) Selbständige können eine besondere Verdienstaufschallpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstaufschall glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.
- d) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.

- e) Entgeltliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit aufgrund der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt notwendig werden, werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen (z. B. Pflegebedürftigkeit). Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die die Entschädigung nach dem vorstehenden Absatz 4 Buchst. a - d) geleistet wird.
- f) In keinem Fall darf der Verdienstausschlag den Betrag von 20,00 EURO je Stunde und 160,00 EURO je Tag überschreiten.
- g) Als Arbeitszeit gilt die Zeit frühestens ab 08.00 Uhr und längstens bis 19.00 Uhr.
- (5) Ersatz des Verdienstausschlages erhalten auch Stadtverordnete und sachkundige Bürger, die vom Rat in Gremien gewählt worden sind, die nicht Ausschüsse des Rates sind sowie die durch den Rat in sonstige Gremien gewählten Stadtverordneten und sachkundigen Bürger zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten.
- (6) Die Abtretung von Leistungen nach den Absätzen 1 - 5 an Dritte ist zulässig. Die Abtretung ist vom Empfangsberechtigten schriftlich zu erklären.
- (7) Beruflich selbständig tätige ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Lüdinghausen erhalten bei Ansprüchen nach § 12 Abs. 3 FSHG als Ersatz des Verdienstausschlages für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist
- einen Regelstundensatz von 10,00 EURO (analog Abs. 4 Buchst. a))
  - höchstens jedoch 20,00 EURO je Stunde und 160,00 EURO je Tag (analog Abs. 4 Buchst. c) und f))
  - bei einer individuell zu ermittelnden Arbeitszeit, wobei als Arbeitszeit die Zeit frühestens ab 08.00 Uhr und längstens bis 19.00 Uhr gilt.

§ 10

Genehmigung von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Stadt mit Stadtverordneten oder Mitgliedern der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Stadt bedürfen der Genehmigung des Rates.

- e) Entgeltliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit aufgrund der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt notwendig werden, werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen (z. B. Pflegebedürftigkeit). Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die die Entschädigung nach dem vorstehenden Absatz 4 Buchst. a - d) geleistet wird.
- f) In keinem Fall darf der Verdienstausschlag den Betrag von 20,00 EURO je Stunde und 160,00 EURO je Tag überschreiten.
- g) Als Arbeitszeit gilt die Zeit frühestens ab 08.00 Uhr und längstens bis 19.00 Uhr.
- (5) Ersatz des Verdienstausschlages erhalten auch Stadtverordnete und sachkundige Bürger, die vom Rat in Gremien gewählt worden sind, die nicht Ausschüsse des Rates sind sowie die durch den Rat in sonstige Gremien gewählten Stadtverordneten und sachkundigen Bürger zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten.
- (6) Die Abtretung von Leistungen nach Absatz 4 an Dritte ist zulässig. Die Abtretung ist vom Empfangsberechtigten schriftlich zu erklären.
- (7) Beruflich selbständig tätige ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Lüdinghausen erhalten bei Ansprüchen nach § 12 Abs. 3 FSHG als Ersatz des Verdienstausschlages für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist
- einen Regelstundensatz von 10,00 EURO (analog Abs. 4 Buchst. a))
  - höchstens jedoch 20,00 EURO je Stunde und 160,00 EURO je Tag (analog Abs. 4 Buchst. c) und f))
  - bei einer individuell zu ermittelnden Arbeitszeit, wobei als Arbeitszeit die Zeit frühestens ab 08.00 Uhr und längstens bis 19.00 Uhr gilt.

§ 10

Genehmigung von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Stadt mit Stadtverordneten oder Mitgliedern der Ausschüsse sowie mit dem Bürgermeister und den leitenden Dienstkräften der Stadt bedürfen der Genehmigung des Rates.

- (2) Keiner Genehmigung bedürfen,
  - a) Verträge aufgrund feststehender Tarife,
  - b) Aufträge aufgrund öffentlicher oder beschränkter Ausschreibung,
  - c) Verträge, die Geschäfte der laufenden Verwaltung sind (§ 41 Abs. 3 GO).
- (3) Leitende Dienstkräfte im Sinne dieser Vorschrift sind die Beigeordneten, die Fachbereichsleiter und der Werkleiter des Abwasserwerkes der Stadt Lüdinghausen.

§ 11

ehrenamtliche stellv. Bürgermeister

- (1) Der Rat wählt in der ersten Sitzung nach der Neuwahl für die Dauer seiner Wahlzeit aus seiner Mitte ohne Aussprache drei ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters.
- (2) Die stellvertretenden Bürgermeister erhalten neben den Entschädigungen, die ihnen nach § 9 zustehen, je eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung (EntschVO).

§ 12

Entschädigung für Fraktionsvorsitzende und Auslagenersatz für Fraktionen

- (1) Die Vorsitzenden der Fraktionen, bei Fraktionen mit mind. 10 Mitgliedern auch stellv. Vorsitzende, erhalten neben den Entschädigungen, die ihnen nach § 9 zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der EntschVO.
- (2) Die Fraktionen erhalten aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung. Über die Verwendung der Zuwendungen ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen, der unmittelbar dem Bürgermeister zuzuleiten ist. Die Zuwendung beträgt monatlich 25,00 EURO je Fraktion (Grundbetrag) sowie monatlich 12,50 EURO je Fraktionsmitglied. Bei einer Änderung der Zahl der Fraktionsmitglieder wird der Monatsbetrag, soweit die Zahlungsvoraussetzungen nur für 1 Tag im Monat vorliegen, jeweils für den ganzen Monat gezahlt.

- (2) Keiner Genehmigung bedürfen,
  - a) Verträge aufgrund feststehender Tarife,
  - b) Aufträge aufgrund öffentlicher oder beschränkter Ausschreibung,
  - c) Verträge, die Geschäfte der laufenden Verwaltung sind (§ 41 Abs. 3 GO).
- (3) Leitende Dienstkräfte im Sinne dieser Vorschrift sind die Beigeordneten, die Fachbereichsleiter und der Werkleiter des Abwasserwerkes der Stadt Lüdinghausen.

§ 11

ehrenamtliche stellv. Bürgermeister

- (1) Der Rat wählt in der ersten Sitzung nach der Neuwahl für die Dauer seiner Wahlzeit aus seiner Mitte ohne Aussprache ehrenamtliche Stellvertreter des Bürgermeisters.
- (2) Die stellvertretenden Bürgermeister erhalten neben den Entschädigungen, die ihnen nach § 9 zustehen, je eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung (EntschVO).

§ 12

Entschädigung für Fraktionsvorsitzende und Auslagenersatz für Fraktionen

- (1) Die Vorsitzenden der Fraktionen, bei Fraktionen mit mind. 10 Mitgliedern auch stellv. Vorsitzende, erhalten neben den Entschädigungen, die ihnen nach § 9 zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der EntschVO.
- (2) Die Fraktionen erhalten aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung. Über die Verwendung der Zuwendungen ist ein Nachweis in einfacher Form zu führen, der unmittelbar dem Bürgermeister zuzuleiten ist. Die Zuwendung beträgt monatlich 25,00 EURO je Fraktion (Grundbetrag) sowie monatlich 12,50 EURO je Fraktionsmitglied. Bei einer Änderung der Zahl der Fraktionsmitglieder wird der Monatsbetrag, soweit die Zahlungsvoraussetzungen nur für 1 Tag im Monat vorliegen, jeweils für den ganzen Monat gezahlt.

Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeister ist ermächtigt:
- a) die gegen Verwaltungsakte eingelegten Rechtsbehelfe nach den gesetzlichen Vorschriften zu bescheiden;
  - b) die nach den Bestimmungen des Beamten-, Angestellten-, Arbeiter-, Umzugskosten-, Reisekosten-, Beihilfen-, Unterstützungs- und Vorschussrechts der Stadtbediensteten delegationsfähigen Aufgaben des Rates wahrzunehmen. Ausgenommen sind die Anstellung, Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten ab Besoldungsgruppe A 11 BBesG sowie die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten der Vergütungsgruppen I bis IV a BAT;
  - c) zur Führung von Rechtsstreitigkeiten und zum Abschluss von gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichen;
  - d) zur Aufnahme und Umschuldung von Krediten;
  - e) der Erwerb und die Veräußerung von Gemeindevermögen mit einem Kauf-/Verkaufspreis bis 100.000,00 EURO; die Belastung von Grundstücken und die Vornahme von Schenkungen, sowie die Hingabe von Darlehen der Stadt, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Ausgenommen sind Grundstücksgeschäfte, die der Rat vorab genehmigt oder hierfür einen Grundsatzbeschluss gefasst hat. Über den Erwerb und über die Veräußerung von Gemeindevermögen mit Zuständigkeit des Bürgermeisters ist im jeweils folgenden Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.
  - f) über Erklärungen zur Genehmigungsfreistellung von Wohngebäuden, Stellplätzen und Garagen gem. § 67 BauONW zu entscheiden,
  - g) das Einvernehmen zu erteilen in folgenden Fällen:
    - aa) §§ 31 Abs. 1 und 2, 34, ausgenommen Bauvoranfragen/Bauanträge, die sich auf eine Bebauung eines Grundstücks mit mehreren Gebäuden oder einer geschlossenen Bebauung beziehen, und 35 BauGB
    - bb) § 33 BauGB nach Durchführung des Verfahrens zur Unterrichtung der Bürger gem. § 3 Abs. 1 BauGB und nach Durchführung des Verfahrens zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB,
  - h) über die Erteilung der Genehmigung zu entscheiden in folgenden Fällen:
    - aa) § 19 Abs. 3 BauGB
    - bb) § 144 BauGB
    - cc) § 9 Denkmalschutzgesetz
- (2) Der Bürgermeister hat nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind (§ 41 Abs. 3 GO).

Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeister ist ermächtigt:
- a) die gegen Verwaltungsakte eingelegten Rechtsbehelfe nach den gesetzlichen Vorschriften zu bescheiden;
  - b) die nach den Bestimmungen des Beamten-, Angestellten-, Arbeiter-, Umzugskosten-, Reisekosten-, Beihilfen-, Unterstützungs- und Vorschussrechts der Stadtbediensteten delegationsfähigen Aufgaben des Rates wahrzunehmen. Ausgenommen sind die Anstellung, Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten ab Besoldungsgruppe A 13 BBesG;
  - c) zur Führung von Rechtsstreitigkeiten und zum Abschluss von gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichen;
  - d) zur Aufnahme und Umschuldung von Krediten;
  - e) **zum** Erwerb und **zur** Veräußerung von Gemeindevermögen mit einem Kauf-/Verkaufspreis bis 150.000,00 EURO, **zur** Belastung von Grundstücken und die Vornahme von Schenkungen, sowie die Hingabe von Darlehen der Stadt, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Ausgenommen sind Grundstücksgeschäfte, die der Rat vorab genehmigt oder hierfür einen Grundsatzbeschluss gefasst hat. Über den Erwerb und über die Veräußerung von Gemeindevermögen mit Zuständigkeit des Bürgermeisters ist **halbjährig** im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.
  - f) über Erklärungen zur Genehmigungsfreistellung von Wohngebäuden, Stellplätzen und Garagen gem. § 67 BauO **NRW** zu entscheiden,
  - g) das Einvernehmen zu erteilen in folgenden Fällen:
    - aa) §§ 31 Abs. 1 und 2, 34, ausgenommen Bauvoranfragen/Bauanträge, die sich auf eine Bebauung eines Grundstücks mit mehreren Gebäuden oder einer geschlossenen Bebauung beziehen, und 35 BauGB
    - bb) § 33 BauGB nach Durchführung des Verfahrens zur Unterrichtung der Bürger gem. § 3 Abs. 1 BauGB und nach Durchführung des Verfahrens zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB,
  - h) über die Erteilung der Genehmigung und **Erlaubnis** zu entscheiden in folgenden Fällen:
    - aa) § 19 Abs. 3 BauGB
    - bb) § 144 BauGB
    - cc) § 9 Denkmalschutzgesetz **NRW**
- (2) Der Bürgermeister hat nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind (§ 41 Abs. 3 GO).

§ 14

Beigeordnete

Es wird ein hauptamtlicher Beigeordneter gewählt. Der Gewählte ist allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters.

§ 15

Vergabe von Aufträgen

Zur Vergabe von Aufträgen im Rahmen der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel sind ermächtigt:

- (1) Bei Aufträgen - ausgenommen aus dem Bausektor -
  - a) im Werte bis zu 15.000,00 EURO der Bürgermeister
  - b) im Werte von über 15.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss, soweit die Zuständigkeit nachstehend nicht anders geregelt ist.
- (2) Bei Aufträgen aus dem Bausektor - ausgenommen städtebauliche Planung -
  - a) im Werte bis zu 25.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) im Werte über 25.000,00 EURO bis 250.000,00 EURO der Ausschuss für Bau und Verkehr, soweit die Zuständigkeit nachstehend nicht anders geregelt ist.
- (3) Bei Aufträgen für eine städtebauliche Planung
  - a) im Werte bis 10.000,00 EURO der Bürgermeister
  - b) im Werte über 10.000,00 EURO bis 50.000,00 EURO der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung.
- (4) Zur Vergabe von Aufträgen im Rahmen des Wirtschaftsplanes des Abwasserwerkes der Stadt Lüdinghausen sind ermächtigt
  - a) im Werte bis 15.000,00 EURO der Werkleiter
  - b) im Werte über 15.000,00 EURO der Werksausschuss.
- (5) Zur Vergabe von Aufträgen für Angelegenheiten, die nach Ziffer VIII. der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Lüdinghausen in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Bauerschaften und Umwelt entfallen, sind ermächtigt
  - a) im Werte bis zu 25.000,00 EURO der Bürgermeister
  - b) im Werte über 25.000,00 EURO der Ausschuss für Bauerschaften und Umwelt.

§ 14

Beigeordnete

Es wird ein hauptamtlicher Beigeordneter gewählt. Der Gewählte ist allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters.

§ 15

Vergabe von Aufträgen

Zur Vergabe von Aufträgen im Rahmen der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel sind ermächtigt:

- (1) Bei Aufträgen - ausgenommen aus dem Bausektor -
  - a) im Werte bis zu 30.000,00 EURO der Bürgermeister
  - b) im Werte von über 30.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss, soweit die Zuständigkeit nachstehend nicht anders geregelt ist.
- (2) Bei Aufträgen aus dem Bausektor - ausgenommen städtebauliche Planung -
  - a) im Werte bis zu 30.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) im Werte über 30.000,00 EURO bis 250.000,00 EURO der Ausschuss für Bau und Verkehr, soweit die Zuständigkeit nachstehend nicht anders geregelt ist.
- (3) Bei Aufträgen für eine städtebauliche Planung
  - a) im Werte bis 30.000,00 EURO der Bürgermeister
  - b) im Werte über 30.000,00 EURO bis 100.000,00 EURO der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung.
- (4) Zur Vergabe von Aufträgen im Rahmen des Wirtschaftsplanes des Abwasserwerkes der Stadt Lüdinghausen sind ermächtigt
  - a) im Werte bis 30.000,00 EURO der Werkleiter
  - b) im Werte über 30.000,00 EURO der Werksausschuss.
- (5) Ausgenommen sind Auftragsvergaben, die der Rat vorab genehmigt oder hierfür einen Grundsatzbeschluss gefasst hat.

§ 16

Stundung, Erlass und Niederschlagung von Geldansprüchen der Stadt

- (1) Über den Erlass von Geldforderungen entscheidet:
  - a) bei Beträgen bis zu 5.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) bei Beträgen über 5.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss.
- (2) Über die Niederschlagung von Geldforderungen entscheidet:
  - a) bei Beträgen bis zu 10.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) bei Beträgen über 10.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss.
- (3) Zur Stundung von Geldforderungen ist ermächtigt:
  - a) bei Beträgen bis zu 25.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) bei Beträgen über 25.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss.

§ 17

Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten

Die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten der Vergütungsgruppe I bis IV a BAT sowie die Anstellung, Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten ab Besoldungsgruppe A 11 BBesG obliegt dem Haupt- und Finanzausschuss.

§ 18

Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, werden vollzogen im „Amtsblatt der Stadt Lüdinghausen“. Außerdem werden mit nachrichtlicher Bedeutung Hinweise auf Veröffentlichungen im Amtsblatt der Stadt Lüdinghausen in den „Westfälischen Nachrichten - Lüdinghauser Zeitung - Anzeiger im Kreis Coesfeld“ veröffentlicht.
- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Rats- und Ausschusssitzungen werden durch Aushang in den Aushangkästen des Rathauses Borg 2 und des städt. Gebäudes Mollstraße 2, bekannt gemacht.

§ 16

Stundung, Erlass und Niederschlagung von Geldansprüchen der Stadt

- (1) Über den Erlass von Geldforderungen entscheidet:
  - a) bei Beträgen bis zu 10.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) bei Beträgen über 10.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss.
- (2) Über die Niederschlagung von Geldforderungen entscheidet:
  - a) bei Beträgen bis zu 20.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) bei Beträgen über 20.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss.
- (3) Zur Stundung von Geldforderungen ist ermächtigt:
  - a) bei Beträgen bis zu 30.000,00 EURO der Bürgermeister,
  - b) bei Beträgen über 30.000,00 EURO der Haupt- und Finanzausschuss.

§ 17

Anstellung, Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten

Die Anstellung, Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten ab Besoldungsgruppe A 13 BBesG obliegt dem Haupt- und Finanzausschuss.

§ 18

Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen, die durch Rechtsvorschriften vorgeschrieben sind, werden vollzogen im „Amtsblatt der Stadt Lüdinghausen“.
- (2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Rats- und Ausschusssitzungen werden durch Aushang in den Aushangkästen des Rathauses Borg 2 und des städt. Gebäudes Mollstraße 2, bekannt gemacht.

- (3) Zusätzlich wird der volle Wortlaut der Bekanntmachung gem. Abs. 1 durch Aushang in den vorgenannten Aushängkästen nachrichtlich veröffentlicht, ohne dass dies für die Wirksamkeit der Bekanntmachung notwendig ist.
- (4) Auf den Bekanntmachungen in den Aushängkästen ist der Zeitpunkt des Aushanges und der Zeitpunkt der Abnahme zu bescheinigen.
Die Aushangfrist gem. Abs. 3 beträgt 14 Tage.
Bekanntmachungen gem. Abs. 2 sind entsprechend der in der Geschäftsordnung festgelegten Ladungsfrist auszuhängen und frühestens am Tage nach der Sitzung abzunehmen.
- (5) Ist eine öffentliche Bekanntmachung in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung ersatzweise durch Aushang in den Aushängkästen des Rathauses Borg 2 und des städt. Gebäudes Mollstraße 2.
Ist der Hinderungsgrund entfallen, wird die öffentliche Bekanntmachung nach Abs. 1 unverzüglich nachgeholt.

§ 19

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 21.12.1994 in der Fassung der 3. Änderung vom 17.12.1998 außer Kraft. Die Hauptsatzung in der Fassung der Euro-Anpassungssatzung tritt am 01.01.2002 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Hauptsatzung der Stadt Lüdinghausen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666; SGV NW 2023) in der zur Zeit gültigen Fassung kann gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

- (3) Zusätzlich wird der volle Wortlaut der Bekanntmachung gem. Abs. 1 durch Aushang in den vorgenannten Aushängkästen **und im Internet auf der Homepage der Stadt Lüdinghausen** nachrichtlich veröffentlicht, ohne dass dies für die Wirksamkeit der Bekanntmachung notwendig ist.
- (4) Auf den Bekanntmachungen in den Aushängkästen ist der Zeitpunkt des Aushanges und der Zeitpunkt der Abnahme zu bescheinigen.
Die Aushangfrist gem. Abs. 3 beträgt 14 Tage.
Bekanntmachungen gem. Abs. 2 sind entsprechend der in der Geschäftsordnung festgelegten Ladungsfrist auszuhängen und frühestens am Tage nach der Sitzung abzunehmen.
- (5) Ist eine öffentliche Bekanntmachung in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung ersatzweise durch Aushang in den Aushängkästen des Rathauses Borg 2 und des städt. Gebäudes Mollstraße 2.
Ist der Hinderungsgrund entfallen, wird die öffentliche Bekanntmachung nach Abs. 1 unverzüglich nachgeholt.

§ 19

Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom **05.10.1999 in der Fassung der 2. Änderung vom 03.02.2003** außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Hauptsatzung der Stadt Lüdinghausen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW S. 666; SGV NW 2023) in der zur Zeit gültigen Fassung kann gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder

Anlage 1

d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lüdinghausen, den 05.10 1999

d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lüdinghausen, den . .2004